

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Europäische Initiative zur Bekämpfung von Fluchtursachen

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, eine europäische Initiative zur Bekämpfung von Fluchtursachen zu starten, um insbesondere folgende Ziele zu erreichen:

- Aufstockung der Finanzmittel für die UNO Flüchtlingshilfe in den betroffenen Regionen
- Schaffung eines europäischen Marshallplans für die Krisenregion
- Rascher Start der Syrien-Verhandlungen über ein Ende des Bürgerkrieges.

Begründung

Die Fluchtbewegungen im vergangenen Jahr stellen Europa und ganz besonders Länder wie Österreich, Schweden und Deutschland vor enorme Herausforderungen. Knapp eine Million Flüchtlinge und MigrantInnen haben heuer laut UNHCR bereits das Mittelmeer überquert. Konflikte in Syrien und anderswo verursachen nach wie vor unvorstellbares menschliches Leid, womit ein Ende der Fluchtbewegungen nicht in Sicht ist. Um eine Begrenzung der in Österreich ankommenden Flüchtlinge zu erreichen, wurde durch die Bundesregierung und die Landeshauptleute die verfassungsrechtliche Prüfung eines gesetzlichen „Richtwerts“ bzw. einer „Obergrenze“ für Asylanträge in Auftrag gegeben. Um die Größe der Fluchtbewegung zu verringern muss aber vor allem den betroffenen Menschen eine Lebensperspektive vor Ort gegeben werden.

Die unterfertigten Abgeordneten fordern daher von der Bundesregierung, eine europäische Initiative zur Bekämpfung von Fluchtursachen zu starten. Ein zentrales Ziel muss dabei die Aufstockung der Finanzmittel für die UNO Flüchtlingshilfe sein. Im vergangenen Jahr musste das für die Flüchtlingsversorgung zuständige Welternährungsprogramm der UNO (World Food Programme) den Wert der Lebensmittelgutscheine für 211.000 bedürftige Flüchtlinge auf 14 US-Dollar pro Monat und Person halbieren, weil nur etwa 37% der von den

Nationalstaaten zugesagten Finanzmittel tatsächlich eingetroffen sind – auch Österreich ist bei seinen Zahlungen an das World Food Programme noch säumig. Die völlig unzureichende Versorgung der Flüchtlinge in der Krisenregion trägt einen erheblichen Anteil an der großen Fluchtbewegung nach Europa.

Ein weiteres Ziel einer europäischen Initiative zur Bekämpfung von Fluchtgründen muss in der Schaffung eines europäischen Marshallplans für die Krisenregion liegen. Der Bundesfinanzminister der Bundesrepublik Deutschland – Wolfgang Schäuble – hat beim Weltwirtschaftsforum in Davos die Leistung von Milliarden-Hilfszahlungen für den Nahen Osten und Afrika nach dem Vorbild des ursprünglichen Marshallplans für Europa nach dem Zweiten Weltkrieg in Aussicht gestellt. Diese Initiative sollte von Österreich unterstützt werden, um langfristig wieder eine Lebensperspektive vor Ort entwickeln zu können.

Schließlich muss es ein Ziel der internationalen Gemeinschaft sein, den Bürgerkrieg in Syrien und im Irak so rasch wie möglich zu beenden. Österreich hat als Gastgeber der Syrien Konferenz in Wien bereits einen wichtigen Beitrag bei der Bemühung um eine diplomatische Beendigung des Syrien-Kriegs geleistet. Nach der Einigung auf einen Fahrplan bei den Gesprächen in Wien muss nun bei den weiterführenden Gesprächen in Genf rasch eine Einigung über die Teilnehmer erzielt werden, um dem Ziel einer stabilen nationalen Übergangsregierung in Syrien - begleitet von einem Waffenstillstand - näher zu kommen. Die unterfertigten Abgeordneten fordern die Bundesregierung auf, auch auf bilateraler Ebene Druck auf unsere Partner auszuüben, um möglichst rasch konkrete Friedensverhandlungen für Syrien aufnehmen zu können.

Linz, am 26. Jänner 2016

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Buchmayr, Böker, Hirz, Kaineder, Mayr

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Hattmannsdorfer, Stanek, Kirchmayr

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Makor

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Mahr